

sich zu einer überregional oder sogar national impulsgebenden kreativen Szene entwickeln und das Bundesland von sich behaupten, in dieser Hinsicht die Symbiose von Tradition und Zukunft erreicht zu haben.

Der vorangegangene Teil der Studie hat versucht, die wichtigen Themen zu beleuchten, mit denen sich **Thüringen** in den kommenden Jahren auseinandersetzen muss, um eine nachhaltige Kulturentwicklungsplanung implementieren zu können. Vorbildlich zeigt sich im Vergleich dazu das größte deutsche Flächenland **Nordrhein-Westfalen**, das eine in Deutschland einzigartige Förderstruktur aufweist. Gleichzeitig könnten die zwei Bundesländer kaum unterschiedlichere kulturhistorische Werdegänge haben: Thüringen hat sich aus ehemaligen Fürstentümern und Residenzen heraus entwickelt, wohingegen NRW sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs komplett neu erfunden hat. Das spiegelt sich auch in der kulturellen wie Förderstruktur des Bundeslandes wider, die im Folgenden exemplarisch dargelegt werden soll.

4 Nordrhein-Westfalen als Vorreiter der Kulturförderung? (Esther Sinka)

Nordrhein-Westfalen entwickelt sich zu einer der kreativsten Regionen Europas. Nirgendwo sonst gibt es eine solche Dichte an Theater- und Konzerthäusern, Museen und Bibliotheken. Diese prägen die Kulturlandschaft maßgeblich mit.²¹²

Mit diesen Worten beschreibt das Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) seine Kulturlandschaft und seinen Einfluss in diesem Bereich innerhalb Deutschlands und Europas. Blickt man auf die Vergangenheit dieses Bundeslandes zurück, das seinen finanziellen Reichtum einst durch die industrialisierte Stahl- und Rüstungsindustrie sowie die Montanindustrie gefunden hatte, wirkt diese Aussage überraschend. Aufgrund der geografischen und historischen Besonderheit, als Zusammenschluss mehrerer Provinzen, gibt es hier eine große kulturelle Diversität und verschiedene Ansprüche, die aufeinandertreffen und denen es gilt, gerecht zu werden. Dieser Aufgabe wurde in den vergangenen Jahrzehnten, in einem geplanten Strukturwandel, verstärkt nachgegangen. Heute ist NRW das einzige Bundesland mit einem eigenen Kulturförderungsgesetz und hat ein vielschichtiges und transparentes Kulturentwicklungskonzept, das in seiner Form einzigartig ist. Die gesetzliche Grundlage für eine gemeinsame Kulturlandschaft mit verschiedenen Schwerpunkten, Zielen und Maßnahmen wurde geschaffen. Doch wie effektiv und zukunftsweisend sind diese Instrumente tatsächlich, vor allem im Hinblick auf die Freien Darstellenden Künste?

212 Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (2020): *Zweiter Kulturförderplan 2019–2023: Kulturpolitischer Aufbruch Stärkungsinitiative Nordrhein-Westfalen*, Neuss-Nord, Deutschland: VD Vereinte Druckwerke GmbH.

Historie

NRW ist mit 17.925.570 Einwohner*innen (Stand Ende 2020)²¹³ das bevölkerungsreichste Land Deutschlands. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Gebiet durch die damalige Besatzungsmacht Großbritannien in den Jahren 1946 und 1947 durch den Zusammenschluss der preußischen Provinzen Nordrhein und Westfalen sowie des selbstständigen Landes Lippe gegründet. Das Gebiet war lange für seine reichen Kohlevorkommen bekannt und erlangte durch den Kohleabbau und später durch die Stahlindustrie großen Reichtum. Mit der ersten Kohlekrise Ende der 1950er Jahre begann der viele Jahrzehnte währende Strukturwandel des Ruhrgebiets. Im *Entwicklungsprogramm-Ruhr 1968-1973* wurde eine Umgestaltung der Region festgelegt. Dazu gehörten auch mehrere Universitätsneugründungen wie die Ruhr-Universität Bochum oder die Dortmunder Universität. Mit diesem Strukturwandel ging auch der Aufbau der Kulturlandschaft einher. So wurden in den folgenden Jahrzehnten die bereits existierenden, teilweise jedoch im Krieg zerstörten Opern- und Theaterhäuser wieder aufgebaut und neue Kulturstätten kamen hinzu. Diese entstanden u.a. sogar auf den ehemaligen Industrieanlagen und Zechen, wie z.B. die Zeche Zollverein in Essen oder die Jahrhunderthalle Bochum und nicht zuletzt das seit 2002 stattfindende internationale Kunstfestival Ruhrtriennale. Auch wenn solche Superlative selbstverständlich mit großer Vorsicht zu genießen sind, weist das zuständige Ministerium mit einigem Stolz darauf hin, dass die heutige Kunst- und Kulturlandschaft NRW die größte Theaterdichte aller deutschen Bundesländer aufweist.²¹⁴ Dazu zählen unter anderem 25 öffentliche Theater mit insgesamt 9.485 Veranstaltungen im Jahr, 44 Privattheater mit 9.523 Veranstaltungen jährlich und eine breit gefächerte Freie Szene mit unter anderem 60 freien Theaterhäusern. Daneben gibt es sieben staatliche Kunst- und Musikhochschulen mit einem eigenen Kunsthochschulgesetz.

4.1 Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen

Die nordrhein-westfälische Kultur soll aus ihrem Schattendasein heraustreten und wieder einen wichtigen Stellenwert in der Landespolitik bekommen.²¹⁵

Dieses Ziel verfolgt die derzeitige Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Seit der Landtagswahl im Jahr 2017 bildet die CDU als stärkste Partei gemeinsam mit der FDP die »NRW-Koalition«. Ministerpräsident war zunächst Armin Laschet (CDU), der im Oktober 2021 nach seiner gescheiterten Kanzlerkandidatur in dem Amt von Henrik Wüst (CDU) beerbt wurde. In der Legislaturperiode zuvor bildete eine Koalition aus SPD und

213 Öffentliche Theater (2020): Landesbetrieb IT.NRW [online], <https://www.it.nrw/statistik/eckdaten/oeffentliche-theater-1118> [29.08.2021].

214 Ministerium für Kultur und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen (2021) [online], <https://www.mkw.nrw/kultur/sparten/theater-nrw> [16.09.2021]

215 Isabel Pfeiffer-Poensgen in: Ministerium für Kultur und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen (2021) [online], <https://www.mkw.nrw> [16.09.2021], <https://www.mkw.nrw/kultur/foerderungen/foerderung-der-freien-darstellenden-kuenste> [01.07.2021], https://www.mkw.nrw/sites/default/files/media/document/file/171005_MKW_NRW_Ministerium_Reden_Ministerin_kulturpolitische_schwerpunkte.pdf [19.07.2021], https://www.mkw.nrw/FAQ_Sofortprogramm [28.07.2021].

Grünen mit der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) die Regierung. War die Kultur zuvor in einem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport inkludiert, ist sie aktuell gemeinsam mit der Wissenschaft in einem Ministerium vereint. Auf diese Weise möchte die Regierung erreichen, dass »die Kultur wieder stärker ins öffentliche Blickfeld [gerückt wird] und [...] sich zugleich neue Möglichkeiten [eröffnen], indem etwa frische Impulse aus unseren Kunst- und Musikhochschulen einfacher in die nordrhein-westfälische Kulturszene getragen werden können«, wie die derzeitige Ministerin für Kultur und Wissenschaft, Frau Pfeiffer-Poensgen, sagt.²¹⁶ Dabei wird der Schwerpunkt insbesondere auf Veränderungen in den folgenden drei Bereichen gelegt:

- in der Sichtbarmachung von Kultur,
- in der Förderung von Kultur in ihrer Spitze und ihrer Breite,
- in der Unterstützung experimenteller und innovativer Ansätze, sei es in der Kunst, in der Kulturellen Bildung, in der Digitalisierung oder in der internationalen kulturellen Zusammenarbeit.

Im aktuellen Koalitionsvertrag wurde eine Steigerung um 50 % des Kulturhaushalts beschlossen. Vergleicht man die Zahlen in Abbildung 1, so sieht man, dass es einen Kurswechsel zwischen den beiden Wahlperioden gegeben hat. Bis zum Jahr 2016 verringern sich die Ausgaben für die Kulturförderung jährlich und seit dem Regierungswechsel ist wieder ein kontinuierlicher prozentualer Anstieg der Kulturausgaben zu beobachten. Bezogen auf den Gesamthaushalt in Höhe von 77,9 Mrd. € im Jahr 2019 flossen 9,2 Mrd. € in das Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Die Kulturausgaben in Höhe von 245,7 Mio. € entsprechen einem Prozentsatz von 0,315 % des Gesamthaushalts und 2,66 % vom Gesamtetat des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft.

Zum Jahr 2020 ist ein deutlicher Anstieg auf 0,466 % des Gesamthaushalts zu bemerken, was auf die verschiedenen Hilfsprogramme der Landesregierung zur Unterstützung Kulturschaffender während der Coronapandemie zurückzuführen ist. Die Ausgaben relativieren sich in der Planung für das Jahr 2021 wieder auf einen Prozentsatz von 0,344 %, wobei im Verhältnis zum Jahr 2019 dennoch ein Anstieg vorgesehen ist.

216 Ebd.

Tabelle 11: Anteil Kulturförderung der Gesamtausgaben

Jahr	Gesamthaus- halt	Ministerium für Kultur und Wissenschaft	Kulturförde- rung	In % vom Ge- samt- haus- halt	In % vom Kul- tur- haus- halt	Pro- Kopf
2021 Ent- wurf	84.038.782.400	9.662.898.200	289.200.700	0,344 %	2,99 %	16,12 €
2020	80.163.299.800	9.613.033.000	373.591.900	0,466 %	3,88 %	20,81 €
2019	77.928.942.900	9.208.713.300	245.722.200	0,315 %	2,66 %	13,69 €
2018	74.780.503.000	8.732.185.300	224.665.600	0,3 %	2,57 %	12,52 €
2017	73.931.596.600	8.767.380.300	201.406.600	0,272 %	2,29 %	11,25 €
2016	69.950.081.600	3.628.145.000	187.076.200	0,267 %	5,16 %	10,45 €
2015	66.267.307.200	3.023.846.400	180.768.400	0,272 %	5,97 %	10,11 €
2014	62.550.455.500	2.907.229.300	179.949.300	0,287 %	6,18 %	10,20 €
2013	60.439.530.800	2.656.606.100	182.584.800	0,302 %	6,87 %	10,39 €

Die Anhebung des Kulturhaushalts in den vergangenen vier Jahren wird auch von den meisten Akteur*innen der Kulturszene deutlich wahrgenommen, wie folgende Aussagen zweier Leitungsmitglieder öffentlicher Theater zeigen:

Die Politik des Kulturministeriums hat seit einigen Jahren eine für uns erfreuliche Entwicklung genommen.²¹⁷

In den letzten Jahren gab es Zuwächse der Förderung, teilweise auch mit zusätzlichen Förderprogrammen. Grundsätzlich existiert derzeit eine große Bereitschaft für Kulturförderung.²¹⁸

Besonders hervorgehoben wird dabei immer wieder die Arbeit von der Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen, die sich sehr stark in der Regierung für die Kultur einsetze. Auch eine Person aus der Leitungsebene eines öffentlichen Theaters stimmt der positiven Ent-

217 NRW 21.

218 NRW 5.

wicklung zu und betont, dass es mit der aktuellen Ministerin einen deutlichen Impuls hin zum Theater gegeben habe.²¹⁹

Anhand der Pro-Kopf-Ausgaben wird deutlich, dass in NRW traditionell ein Großteil der Kulturausgaben von den Kommunen selbst finanziert wird. Mit 98,06 € liegt das Land NRW als Geber auf dem fünftletzten Platz und deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts von 114,77 € (Stand Ende 2017).²²⁰ Damit übernimmt das Land im Schnitt nur etwa 20 % der Gesamtausgaben für Kultur. Der Kommunalisierungsgrad spiegelt diese Situation wider, hier ist NRW mit 77 % der erbrachten kommunalen Mittel im Jahr 2017 Spitzenreiter, worauf Hessen mit 67,8 %, also deutlichem Abstand folgt.²²¹ Der Bundesdurchschnitt liegt noch niedriger bei 60,7 %. Diese Tatsache ist historisch begründet. Der kommunalen Selbstverwaltung wird bis heute ein sehr großer Wert beigemessen, weshalb das Land die Kommunen lediglich finanziell unterstützt, aber wenig direkten Einfluss nimmt. In einem flächenmäßig großen Bundesland wie NRW mit unterschiedlichen Bereichen und Ansprüchen ergeben sich durch die starke Einflussnahme der verschiedenen Kommunen zwar vielseitige Förderprogramme, doch für die Kulturakteur*innen gestaltet sich dieses Bild größtenteils sehr unübersichtlich und schwierig. Dazu trägt auch die Tatsache bei, dass die kulturpolitische und finanzielle Situation der einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich ist. Während beispielsweise in der Landeshauptstadt Düsseldorf die Freie Szene breit unterstützt wird, stellt sich die Lage in vielen anderen Städten anders dar. Hier gibt es generell viel kleinere Budgets für die Kultur, und für die Freie Szene bleibt so noch weniger Geld übrig, wie die Mitarbeiterin eines Kulturamtes beschreibt.²²² Durch die föderalistischen Strukturen und die große Unabhängigkeit der Kommunen gegenüber dem Land NRW entsteht eine große kulturelle Diversität. Diese birgt gleichzeitig Schwierigkeiten, wie ein freischaffender Künstler aufzeigt:

Das Schöne in NRW ist die unheimlich breit gefächerte Kulturlandschaft. Die vielen verschiedenen Töpfe sind aber nicht förderlich. Dadurch entsteht ein Chaos und die immerwährende Frage: in welchen Topf falle ich?²²³

Kontakt zur Kulturpolitik

Die Kulturszene besteht aus Personen der Politik, der öffentlichen Theater, der Verbände sowie aus Akteur*innen der Freien Szene und kleineren Organisationen. Alle Personen, die Kultur erschaffen und aufführen, stehen direkt oder indirekt im Kontakt mit der Politik, da hier über einen Großteil der Fördermittel entschieden wird. Diese Kommunikation zwischen den Parteien verläuft unterschiedlich gut und wird von den Akteur*innen gemischt wahrgenommen:

219 NRW 23.

220 Blaeschke, Dr. Frédéric/Brugger, Pia/Grzesista, Anna/Riedler, Elisabeth (2020): *Kulturfinanzbericht 2020* (hg. v. Statistische Ämter des Bundes und der Länder), Wiesbaden.

221 Ebd.

222 NRW 26.

223 NRW 7.

Die Kommunikation mit der Kulturpolitik funktioniert bei mir zur Zeit relativ gut, bis auf wenige Kommunen. Meistens bekommt man nur Kontakte, wenn man sich im Laufe der Jahre Respekt verschafft. Man muss versuchen relevant zu sein.²²⁴

Daran wird deutlich, dass insbesondere die großen und etablierten Organisationen, die es geschafft haben, sich eben diesen »Respekt« zu verschaffen, auch die Möglichkeit haben, in den persönlichen Austausch mit der Kulturpolitik zu treten und ihre Wünsche und Bedürfnisse zu äußern. Für alle anderen Akteur*innen, die sich nicht in dieser privilegierten Situation wiederfinden, ist es sehr schwierig, einen persönlichen Kontakt aufzubauen. Eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen den verschiedenen Parteien können bei öffentlichen Organisationen die Aufsichtsräte und für freie Künstler*innen die Kulturämter übernehmen.

Die Zusammenstellung des Aufsichtsrats eines öffentlichen Theaters spielt eine große Rolle. Gibt es auf dieser Ebene eine gute Zusammenarbeit und gemeinsame Expertise, existiert auch ein guter Kontakt zur größeren Linie, wie ein Leitungsmitglied eines öffentlichen Theaters beschreibt:

Wir haben einen sehr guten Austausch. Das liegt wahrscheinlich auch daran, dass wir in unserem Aufsichtsrat die Politik sehr stark vertreten haben, weshalb wir in einem sehr regen Austausch stehen und es regelmäßige Treffen gibt.²²⁵

Es gibt aber auch Theaterhäuser, bei denen die Möglichkeiten des Aufsichtsrats nicht ausgeschöpft werden, was sich auch auf die darüber hinausgehende Kommunikation mit der Kulturpolitik auswirkt:

Einer der Gründe, warum die Kommunikation nicht gut funktioniert, ist folgender: Die Aufsichtsgremien funktionieren nicht, wie es sein soll, eine Übermacht entsteht. Wie soll ein Aufsichtsgremium die richtige Wahl treffen, wenn sie sich nicht mit den Häusern beschäftigen und die Bedürfnisse der Beschäftigten nicht kennen.²²⁶

Für kleine Organisationen und die Freie Szene gestaltet sich dieser Austausch nochmals deutlich schwieriger. Viele freischaffende Künstler*innen, die noch nicht so etabliert sind oder gerade aus der Ausbildung kommen, haben kaum die Möglichkeit, in einen persönlichen Kontakt zu treten. Hier existiert meist nur eine sehr anonyme Kommunikation und es sind keine konkreten Ansprechpersonen erreichbar, wie eine junge Gruppe berichtet.²²⁷ Aus diesem Grund wird häufig der Kontakt zur Verwaltung gesucht. Das Kulturamt als Verwaltungsapparat sieht sich selbst als Schnittstelle zwischen den Künstler*innen und der Kulturpolitik. Kulturämter sind in jeder Kommune oder größeren Stadt vertreten. Sie koordinieren und vernetzen die verschiedenen Kultureinrichtungen und Künstler*innen. Außerdem sind sie für die Vergabe von Fördermitteln zuständig und führen teilweise auch eigene künstlerische Projekte durch. Hier gibt es klare Ansprechpersonen, die für die Künstler*innen vor Ort erreichbar sind und sich für ihre Belange einsetzen, wie die Verantwortliche eines Kulturamtes beispielhaft berichtet:

224 NRW 24.

225 NRW 16.

226 NRW 24.

227 NRW 8.

Als Kulturamt sind wir dafür verantwortlich aufzubereiten, wo und wie Förderung funktionieren sollte und davon, die Politik zu überzeugen. Die Verwaltung hat eine wichtige Funktion an der Schnittstelle, wir sammeln Bedürfnisse und leiten sie an die Politik weiter.²²⁸

Das wird auch von den Künstler*innen so wahrgenommen und geschätzt:

Manchmal gibt es eine gute Kommunikation zur Kulturpolitik, aber vieles verläuft auch ins Leere, wir haben mehr Kontakt zur Verwaltung als zur Politik. Mit ihnen kann man die besseren Gespräche führen, aber sie haben weniger Power.²²⁹

Letztendlich liegt es an den Künstler*innen, welchen Weg sie gehen möchten und welchen sie sich zutrauen. Die Verwaltungsebene versucht die Belange der Kunstschaffenden wahrzunehmen, aber die Politik ist am Ende der Entscheidungsträger: »Man darf die politische Entscheidungskraft nicht unterschätzen«²³⁰, sagt die Mitarbeiterin eines Kulturamtes. Die Strukturen sind so gewachsen, dass sich die Verwaltung in NRW eher im Hintergrund hält. Dabei könnte und sollte sie offensiver in die Öffentlichkeit treten, die Wünsche und Bedarfe der Kulturschaffenden deutlicher kommunizieren und sich nicht hinter der Politik verstecken. Sie bildet die Schnittstelle zwischen den Künstler*innen und der Kulturpolitik und kann als wichtiges Bindeglied fungieren, um die Belange und Wünsche wahrzunehmen und weiterzutragen.

4.2 Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen – das Kulturfördergesetz NRW

In NRW trat als dem ersten und bislang einzigen Bundesland in Deutschland am 24. Dezember 2014 das Kulturfördergesetz durch einen Beschluss des Landtags in Kraft. Mit dem Gesetz hat sich das Land NRW drei Schwerpunkte der Kulturförderung gesetzt:

- die Produktion und Präsentation künstlerischen Schaffens
- den Erhalt des kulturellen Erbes
- die kulturelle Bildung

Doch wie können diese Schwerpunkte so flexibel ausgelegt und gestaltet werden, dass sie in ganz NRW greifen und auf die verschiedenen Bedarfe und Bedürfnisse der Kommunen eingehen?

Anders als in den anderen Bundesländern ist die Kulturförderung seit der Einführung des Kulturfördergesetzes neben der Verpflichtung durch die Landesverfassung gesetzlich geregelt und es werden die Handlungsfelder und Verfahrensweisen der Landeskulturförderung festgelegt. Das Gesetz zielt auf eine Intensivierung und Verbesserung der Kooperation und Kommunikation zwischen Land und Gemeinden ab, greift jedoch nicht in die Entscheidungsfreiheit der Städte und Gemeinden ein, sondern wahrt die Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen. Dieser Punkt war der damaligen Regierung

228 NRW 26.

229 NRW 20.

230 NRW 26.

besonders wichtig.²³¹ Um das Ziel, eine dauerhafte Transparenz und Planungssicherheit sowohl für die Landes- und Regionalpolitik als auch für die Kulturschaffenden zu ermöglichen, wurden drei Instrumente festgelegt: der Landeskulturbericht, der Kulturförderplan und der Kulturförderbericht.

Im Landeskulturbericht wird die aktuelle Lage der Kultur in NRW analysiert und eine Argumentationsgrundlage für die festgelegten Schwerpunkte der Kulturpolitik geschaffen. Der Bericht wird vom Ministerium einmal in jeder Legislaturperiode vorgestellt.

Der Kulturförderplan wird für die Dauer von fünf Jahren beschlossen und zeigt konkrete Ziele und Schwerpunkte der Kulturförderung in diesem Zeitraum auf. Daneben werden die geplanten Ausgaben für die verschiedenen Handlungsfelder vorbehaltlich festgelegt. Das Pendant zum Kulturförderplan bildet der Kulturförderbericht. Er wird jährlich vom Ministerium veröffentlicht und dokumentiert die erfolgten Fördermaßnahmen und Ausgaben für die Kultur.

Der aktuelle Kulturförderplan (2019-2023) hat sich als ein wesentliches Ziel die sukzessive Erhöhung des Kulturhaushalts von 200 Mio. € auf 300 Mio. € gesetzt. Diese deutliche Erhöhung wird auch innerhalb der Kulturlandschaft mit Freude wahrgenommen, wie ein Verbandsmitglied beschreibt:

Hier in NRW ist die Entwicklung derzeit positiv: der Etat wurde um 50 % erhöht auf 300 Mio. € für den gesamten Kulturbereich. 20 Mio. sind direkt an die Theater gegangen, proportional. 10 Mio. stehen für ›neue Wege‹ zur Verfügung und einige Millionen fließen auch in die freie Szene.²³²

Die weiteren Ziele werden in sieben verschiedenen Gestaltungsfeldern gegliedert, die sich jeweils verschiedene Schwerpunkte setzen und mit einer konkreten Ausgabenplanung belegt sind:

1. Kulturelle Infrastruktur
2. Künste
3. Kulturelles Erbe
4. Kulturelle Bildung
5. Regionales, Kultur und Wandel, Breitenkultur
6. Rahmenbedingungen Kulturförderung
7. Aufgaben des Landes im föderalen Bundesstaat und international

Die wichtigen Inhalte bilden dabei:

- die Stärkung der freien Entfaltung der Kunst und Kultur in NRW
- die Sicherung der Landeskulturförderung
- Entbürokratisierung
- langfristige Perspektive für Kultureinrichtungen
- transparente Förderstruktur für die Freie Szene (mehrjährige Förderungen)
- die Förderung von digitalen Programmen und kultureller Bildung

²³¹ Jahrbuch für Kulturpolitik (2013).

²³² NRW 24.

- die Unterstützung der Metropolregionen Rhein-Ruhr in ihrer Entwicklung zu künstlerischen Zentren für Künstler*innen
- ein breites, attraktives kulturelles Angebot im ländlichen Raum
- die Berücksichtigung von Diversität (in Jurys und Positionen im Kulturbereich)

Diese verschiedenen Instrumente sorgen dafür, dass die Regierung sich zum einen intensiv mit der Kulturpolitik auseinandersetzt und konkrete Summen an Fördermitteln einplanen muss, und es zum anderen die Möglichkeit für jeden gibt, diese Konzepte und ihre Umsetzung nachzuvollziehen. Mit dieser vielschichtigen Struktur ist ein transparentes, für alle Bürger*innen und Künstler*innen nachvollziehbares System und eine für alle geltende Gesetzesgrundlage entstanden, womit NRW eine Sonderposition unter den 16 Bundesländern einnimmt.

In den Interviews hat sich jedoch gezeigt, dass viele der guten Vorsätze bislang noch nicht bei den Künstler*innen angekommen sind.

Der gute Wille war da, die Umsetzung nicht. Es gab z.B. keinen Bürokratieabbau. Symbolisch war dieser Schritt sehr wichtig, aber es muss länger und mehr passieren.²³³

Insbesondere diese große Chance, das Kulturfördergesetz als ein Symbol und ein klares Bekenntnis für die Wichtigkeit von Kultur in NRW und darüber hinaus in die Öffentlichkeit zu tragen, wurde nicht ausreichend genutzt. Die befragten Besucher*innen von kulturellen Veranstaltungen haben die Einführung des Kulturfördergesetzes überhaupt nicht wahrgenommen, ebenso wenig einige der Kulturakteur*innen selbst.

Als Argumentationsgrundlage für das Kulturfördergesetz galt auch, Kunst und Kultur als wichtigen Standortfaktor und Motor für die Wirtschaft und für politische Handlungsfelder wie den Tourismus und die Stadtentwicklung anzuerkennen. Diese nachhaltige Argumentationsgrundlage für die Kulturförderung zu schaffen, scheint bis heute noch nicht ausreichend geschehen zu sein.

Es ist sehr bedauerlich, dass die Bedeutung der Kultur als Wirtschaftsfaktor und für die Bildung der seelischen Verfassung einer Gesellschaft nicht gesehen wird.²³⁴

Das bestätigt ein Professor und Dekan einer öffentlichen Kunsthochschule. Den am häufigsten genannten Schwachpunkt bildet die fehlende Verbindlichkeit des Kulturfördergesetzes. Es setzt sich zwar für die Kulturförderung ein und versucht die Kommunen zur Kulturfinanzierung zu motivieren, legt jedoch keine konkreten Zahlen oder Entwicklungen fest, weshalb die Auslegung sehr unterschiedlich und der aktuellen finanziellen Lage entsprechend interpretiert werden kann. Letztendlich gibt es wieder keine verbindliche Einigung bezüglich der Höhe und des Umfangs der Kulturausgaben von Land und Kommunen, was zu Unsicherheit bei den Kulturakteur*innen führt. Diese Sorge bestätigten viele der Befragten, so auch ein Mitglied aus dem Leitungsteam eines öffentlichen Theaters:

²³³ NRW 2.

²³⁴ NRW 6.

Ich habe die Einführung zwar mitbekommen, aber es hat sich nichts verändert. Auch die Außenwirkung des Kulturfördergesetzes war relativ gering. Die größte Diskussion für mich ist: Kultur ist weiterhin eine freiwillige Leistung, an der gespart werden kann und wird. Hier müsste man grundsätzlich überlegen, ob das so sein muss und ob das sinnvoll ist.²³⁵

Und eine Mitarbeiterin eines Verbandes äußerte sich folgendermaßen:

Es ist recht zeitgleich abgelaufen, dass mehr Geld und mehr Aufmerksamkeit geflossen sind. Das große Problem ist jedoch: es ist kein Geld hinterlegt. Wenn also mal kein Geld da ist, wird auch keines fließen.²³⁶

Ländlicher Raum

Ein besonderes Augenmerk im aktuellen Kulturentwicklungsplan wird auf den Erhalt und die Stärkung von kultureller Vielfalt im ländlichen Raum gelegt. Insbesondere in einem so großen und diversen Bundesland wie NRW ist das ein wichtiges Ziel, das es unbedingt zu verfolgen gilt. Ein Großteil des kulturellen Angebots bündelt sich in der Metropolregion Rhein-Ruhr, zu der auch die großen Städte Köln, Düsseldorf, Dortmund, Essen und Duisburg zählen und wo sich auch eine Vielzahl der öffentlichen und privaten Theaterhäuser befindet. Im eher ländlich geprägten Osten des Bundeslandes findet man hingegen nur wenige Stadttheater. Diese Situation sollen die vier Landesbühnen in Detmold, Dinslaken, Castrop-Rauxel und Neuss auffangen. Ihre Aufgabe, als gastierende Bühnen den ländlichen Raum zu bespielen, ist in manchen Gebieten in NRW allerdings fast unmöglich. Viele Spielstätten wurden über Jahrzehnte nicht in Stand gehalten, so dass sie heute nicht mehr bespielbar sind, wie ein Leitungsmitglied beschreibt:

In der Vergangenheit wurden diese Häuser baulich vernachlässigt. Viele Theater sind wegen Belüftung, Brandschutz und anderen Bestimmungen nicht mehr bespielbar, weshalb dort Auftritte rechtlich nicht mehr möglich sind. In vielen Kommunen gibt es noch einen großen Nachholbedarf, auch was den Erhalt und die Neuentwicklungen mit moderner Theatertechnik anbelangt. Dafür wurde zentral ein neues Förderprogramm aufgelegt, damit die Beispieltheater vor Ort weiterhin bespielbar bleiben.²³⁷

Die finanzielle Situation der Landestheater hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Standen Anfang der 2000er Jahre noch Fusionen im Raum, so gibt es heute eine mehrjährige Planungssicherheit, die auf einer institutionellen Förderung basiert. Um sich eine weitere Legitimationsgrundlage zu schaffen, haben die vier Landestheater deshalb verschiedene künstlerische Konzepte entwickelt. Jedes Haus verfolgt so, neben der Bespielung des ländlichen Raumes, einen eigenen künstlerischen Fokus.²³⁸ Die Landesbühnen sind Teil des Gesamtkonzeptes Kultur im ländlichen Raum, wozu auch die Förderung Dritter Orte zählt. Hierfür wurde ein neues Förderprogramm entwickelt, für das im aktuellen Kulturförderplan eine erhebliche Erhöhung der Ausgaben geplant ist:

²³⁵ NRW 23.

²³⁶ NRW 14.

²³⁷ NRW 21.

²³⁸ NRW 21.

Tabelle 12: Ausgabenplanung Kulturentwicklungsplan 2019-2023 für Dritte Orte im ländlichen Raum

2019	2020	2021	2022
280.000 €	550.000 €	3.000.000 €	3.000.000

Das Ziel ist es dabei, in ländlichen Gebieten Orte zu schaffen, an denen Kultur präsentiert und gelebt werden kann, die gleichzeitig aber auch als Begegnungsstätte und als ein Ort des persönlichen Austauschs fungieren. Dabei handelt es sich für gewöhnlich um Gebäude, die eine mehrfache kulturelle Nutzung ermöglichen, beispielsweise mit einem Café, einer Bibliothek, Räumen für Musik- oder Theaterproben und einer Bühne für Veranstaltungen. Diese Orte könnten eine zukunftsweisende Möglichkeit bieten, um die Kultur zu den Menschen zu bringen, diese aber gleichzeitig auch aktiv mit einzubinden und partizipieren zu lassen.

Hinzu kommt, dass diese neuen kulturellen Einrichtungen und die dort aktiven Künstler*innen den Schwerpunkt der kulturellen Bildung mittragen könnten und so nicht nur die Schulen und Kindergärten im ländlichen Raum Kultur vermitteln würden. Diese Möglichkeit und Notwendigkeit wird bereits gesehen und auch umgesetzt, allerdings gibt es auch hier große regionale und individuelle Unterschiede. Deswegen bedarf es einer sehr guten Zusammenarbeit zwischen den Kultureinrichtungen und den Schulen und Kindergärten, damit Strukturen eingeführt und alle Bevölkerungsgruppen erreicht werden können. Diesen Wunsch äußerte unter anderem auch ein Leitungsmitglied eines Landestheaters:

Eine wichtige Aufgabe, die ich in der Zukunft sehe: den Bereich des Kinder- und Jugendtheaters auszubauen und als feste Routine im Kindergarten- und Schuljahr zu etablieren. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, mindestens einmal in der Spielzeit ein Theaterangebot wahrnehmen zu können. Nicht als Inselangebot, sondern mit einer theaterpädagogischen Begleitung. Da gilt es noch viele Verbesserungen in der Struktur zu erreichen.²³⁹

Freie Szene

Nordrhein-Westfalen hat eine lebendige Freie Szene, die auf eine rund 40-jährige Geschichte zurückblickt. Mit der großen Zahl an Ensembles, Produktionshäusern, Netzwerken und Festivals ist das Land ein starker Standort für künstlerische Experimente. Damit Nordrhein-Westfalen seiner bundesweiten Vorreiterfunktion weiterhin gerecht werden kann, erhöhen wir unsere Förderung und schaffen so eine größere Planungssicherheit für die Freie Theater- und Tanzszene. (Isabel Pfeiffer-Poensgen)

Die Freie Szene spielt in NRW tatsächlich eine besondere Rolle, unter anderem haben sich hier im Rahmen des Strukturwandels viele Festivals begründet, wie beispielswei-

239 NRW 21.

se das Festival FAVORITEN in Dortmund oder das Impulse Theater Festival, das in verschiedenen Städten innerhalb NRW stattfindet. Die KSK bildet ein weiteres Indiz, um den Umfang der freischaffend tätigen Künstler*innen zu begreifen. Mit 19 Personen pro 10.000 Einwohner*innen liegt NRW zwar etwas unterhalb des Bundesdurchschnitts, als bevölkerungsreichstes Bundesland weist es gleichzeitig jedoch nach Berlin in absoluten Zahlen die meisten Versicherten auf. Mit insgesamt 34.100 Versicherten (Stand 2018)²⁴⁰ leben 18,46 % der Gesamtversicherten in diesem Bundesland, von diesen sind die Theaterschaffenden wiederum die größte Gruppe. Diese große Anzahl und das Potenzial der freischaffenden Künstler*innen hat auch die Kulturpolitik wahrgenommen und ihr Fokus liegt aktuell nicht mehr nur auf der Finanzierung bereits existierender öffentlicher Organisationen, sondern auch auf der Ausbildung einer kulturellen Vielfalt und eines bunten Kulturlandes in der Freien Szene. Im Zuge des aktuellen Kulturförderplans wurde deshalb ein neues Förderkonzept für die Freie Szene in NRW entwickelt. Nach sieben Jahren wurde im Jahr 2018 erstmals wieder eine deutliche Erhöhung dieses Etats beschlossen, die geplanten jährlichen Fördersummen gestalten sich ab 2019 wie folgt:

Tabelle 13: Ausgabenplanung Kulturentwicklungsplan 2019-2023 Neues Gesamtkonzept Freie Szene

2019	2020	2021	2022
2.748.000 €	4.293.000 €	4.394.000 €	4.433.000 €

Diese Ausgaben sollen in ein neues Gesamtkonzept für die Freie Szene fließen, damit der Fokus der Kulturförderung stärker auf die Freie Szene gerichtet wird. Darin enthalten ist unter anderem ein mehrstufiges Fördermodell mit neuen Förderprogrammen. Neben der institutionellen Förderung und der vom Landesverband Freie Darstellende Künste vergebenen Projektförderung gibt es ein dreistufiges Förderkonzept. Fest in NRW verankerte und arbeitende Künstler*innen können sich für diese Förderprogramme bewerben. Die Besonderheit dabei ist, dass die Förderung in den drei Bereichen Konzeptions-, Spitzen- und Exzellenzförderung jeweils für eine Dauer von drei Jahren ausgelegt ist, wodurch eine mehrjährige Planungssicherheit generiert wird. Wurde ein Ensemble oder ein*e Künstler*in drei Mal in Folge für die Spitzenförderung ausgewählt, wird man anschließend automatisch in die Exzellenzförderung übernommen. Auf diese Weise wird eine weitere Perspektive geschaffen und ausgewählte Gruppen oder Einzelkünstler*innen erhalten die Möglichkeit, bis zu zwölf Jahre lang finanziell unterstützt zu werden.

240 KSK (2019): Künstlersozialkasse. <https://www.kuenstlersozialkasse.de> [20.05.2021].

Tabelle 14: Förderinstrumente für die Freie Szene in NRW

	Projektförderung	Konzeptionsförderung	Spitzenförderung	Exzellenzförderung
Fördersumme	5.000-40.000 €	25.000-50.000 € p. a.	80.000 € p. a.	100.000 € p. a.
Dauer	12-24 Monate	3 Jahre	3 Jahre	3 Jahre
Geförderte Ensembles	Bis zu 80	Bis zu 35	20	Aktuell 2 in der Sparte Tanz, die Sparte Theater beginnt ab 2022
Etat		1,3 Mio. € p. a.	1,6 Mio. € p. a.	

Aber nicht nur die finanziellen Rahmenbedingungen der Freien Szene sollen verbessert werden. Im aktuellen Kulturförderplan 2019 heißt es daneben: »Im Rahmen seiner legislativen Kompetenzen und Beteiligung wird das Land sich ferner verstärkt für gute und faire Arbeitsbedingungen für Künstlerinnen und Künstler einsetzen.«

Dennoch sehen sich die meisten freischaffenden Künstler*innen von den oben stehenden guten Vorsätzen noch sehr weit entfernt:

In der freien Szene prostituiert man sich selbst, man ist der schlimmste Ausbeuter sich selbst gegenüber. Es gibt keine Gagen wie für einen Schauspieler am Stadttheater. Das Problem ist, dass die meisten Angst haben, in den Antrag Zahlen reinzuschreiben, die fair sind (vor allem bei Personalkosten), da er dann abgelehnt wird. Dazu kommt, dass die verschiedenen Förderungen sich teilweise gegenseitig ausschließen, das ist die Hölle: wo beantrage ich, wo nehme ich mir die Chance für eine andere Förderung, wo brauche ich keinen Eigenanteil – die Künstler*innen haben gerade keine Rücklagen mehr. Und die meisten können sowieso keine Rücklagen bilden, weil sie nicht genug Förderung bekommen, weil sie nicht zu den Großen gehören.²⁴¹

Das aktuelle Fördersystem bildet – wenn es einmal richtig greift – den großen Vorteil einer Planungssicherheit für die geförderten Künstler*innen über einen längeren Zeitraum. Situationen der Art, das »einzige Fixe in meinem Leben sind die Ausgaben, die Einnahmen sind variabel und ungewiss«²⁴², werden so zu vermeiden versucht. Allerdings kann nur eine relativ geringe Anzahl von Einzelkünstler*innen oder Gruppen gefördert werden und davon profitieren, während viele nicht die Chance auf eine Förderung bekommen. Dafür müsste der Etat um ein Vielfaches größer sein, sodass mehr För-

²⁴¹ NRW 7.

²⁴² NRW 6.

derungen ausgeschrieben werden können. Insbesondere am Anfang und am Ende einer Künstlerkarriere gibt es derzeit noch erhebliche Hürden zu meistern. Nach Beendigung des Studiums enden viele finanzielle Unterstützungsangebote wie Stipendien oder Unterstützung nach dem BAföG. Die meisten möglichen Folgeförderungen setzen jedoch eine Mitgliedschaft in der KSK oder bereits erfolgte Förderungen voraus. Diese Forderungen sind für viele Berufseinsteiger oft nicht zu erfüllen und können bis zur Perspektivlosigkeit führen:

Nicht alle aus meiner Klasse sind beim Tanz geblieben, viele haben umgeschult oder leben momentan von anderen Jobs wie als Reinigungskraft.²⁴³

Daneben bereitet vielen bereits etablierten Kunstschaaffenden die finanzielle Absicherung im Alter große Sorge. Denn unverständlicherweise und auf ein frühes Ausscheiden der freien Künstler*innen aus dem Kunstschaaffensprozess spekulierend, versiegt der Förderfluss des Landes nach dem derzeitigen Konzept wieder spätestens nach zwölf Jahren. Hier gilt es, in Zukunft Förderkonzepte zu erarbeiten, die zum einen den Berufseinstieg mit Erstförderungen erleichtern oder gar ermöglichen, und zum anderen eine Perspektive schaffen, wie Künstler*innen sich auch im Alter finanziell absichern können.

Um diese Sorgen und Bedürfnisse der Kulturschaaffenden zu analysieren, müsste es jedoch einen engen Austausch zwischen den Förderern und den Geförderten geben. Dieser wird leider nur selten oder gar nicht gewährleistet, wie ein Ensemble aus NRW beschreibt:

Wir wünschen uns mehr echten Kontakt mit Menschen. Hier ist es einfacher, seine Absichten vorzustellen. Der Aufwand für einen Antrag ist riesig, man muss etliche Belege und Zertifikate vorlegen und viele Arbeitsstunden investieren, worauf man teilweise nicht mal eine Antwort bekommt.²⁴⁴

Der Wunsch nach mehr Kommunikation wurde von fast allen Interviewpartner*innen aus der Freien Szene beschrieben. Bereits die Bedarfe werden jedoch kaum ermittelt. So gibt es zwar regelmäßige Evaluationen der Statistiken, wodurch erkennbar wird, wer wann in welcher Höhe gefördert wurde, und diese Summe wird anschließend den aktiven Künstler*innen und der Anzahl der Antragstellenden gegenübergestellt. Darüber hinaus gibt es aber keinen direkten Kontakt mit den Künstler*innen sowohl bei kürzeren oder einmaligen Projektförderungen als auch bei den längerfristigen Förderprogrammen. Aus diesem Grund entsteht auch kein Austausch über die Erwartungen beider Seiten, wie man diese erfüllen und realisieren könnte oder was man rückblickend für die nachfolgenden Förderausschreibungen verbessern sollte.

Auf einen Antrag bekommt man eine Absage oder keine Antwort. Bei Bewilligung existiert keine Kommunikation. Wir glauben, es sind meistens Formfehler, aber wir werden nie darüber informiert. Die Anträge sind sehr schwer aufzuschlüsseln, gerade für künstlerisch Ausgebildete.²⁴⁵

243 NRW 13.

244 NRW 8.

245 NRW 8.

Das zitierte Künstlerduo erwähnt einen wichtigen Punkt, der auch von allen anderen Künstler*innen bestätigt wurde. In der künstlerischen Ausbildung oder im Studium wird an den Hochschulen kaum Wissen über Fördertöpfe, Mittelakquise oder Antragstellung vermittelt. Der Fokus vieler Ausbildungsstätten liegt darauf, dass die Studierenden eine der wenigen Anstellungen an einem öffentlichen Theater bekommen, weshalb die Mittelbeschaffung in der Freien Szene kaum Aufmerksamkeit findet. Ein Student einer staatlichen Hochschule beschreibt die Situation wie folgt:

Das kleine Unterrichtsangebot, das es dazu gibt, ist schön, aber es sollte eine deutlich wichtigere Rolle spielen. Manche Universitäten sind nicht auf die Freie Szene ausgelegt, sondern auf die festen Häuser. Dabei bildet das Stellen der Anträge einen essenziellen Bestandteil unseres späteren Berufslebens. Wir können künstlerisch toll sein, aber wenn wir keinen Antrag auf Deutsch schreiben können, wird alles unmöglich.²⁴⁶

Hier muss in den Ausbildungsstätten dringend ein Umdenken geschehen, denn die Situation der staatlichen Theater gestaltet sich in den vergangenen Jahren auch finanziell immer schwieriger. Es werden Stellen gestrichen oder Theaterhäuser fusioniert. Gleichzeitig entscheiden sich immer mehr Künstler*innen aus unterschiedlichen Gründen bewusst für die Freie Szene und gegen eine Anstellung an einem Theater. Doch um diesen Schritt gehen zu können, wird neben der künstlerischen Ausbildung auch eine theoretische Ausbildung mit der Vermittlung des nötigen Hintergrundwissens um die Förderpolitik in Deutschland benötigt. Die Suche nach Förderprogrammen, die Antragstellung, das Formulieren von Projektbeschreibungen und das Kalkulieren von Kostenplänen bildet einen großen Teil der Arbeit von freischaffenden Künstler*innen und ist der einzige Weg, um eigene Projekte umsetzen zu können und sich eine finanzielle Absicherung und Lebensgrundlage zu schaffen.

Neben einer umfassenden Vermittlung dieses Wissens an den Ausbildungsstätten würde auch eine Angleichung der Antragsformalitäten und Fristen helfen. Erfreulich war für viele Kulturakteur*innen deshalb die Entbürokratisierung als eines der Hauptziele des derzeitigen Kulturförderplans: »Die Regelungen der Landeshaushaltsordnung und ihrer Verwaltungsvorschriften sollen zugunsten der Künstlerinnen und Künstler und Kulturverantwortlichen vereinfacht werden. [...] Mögliche Vereinfachungen sollen zeitnah umgesetzt werden.«²⁴⁷ Bislang werden in diesem Bereich jedoch nur sehr wenige Veränderungen innerhalb der Kulturszene wahrgenommen:

Es gibt immer viele Förderer für ein Projekt, doch die administrativen Strukturen liegen sehr weit auseinander. Es ist für uns jedes Mal ein bürokratischer Akt, den verschiedenen Förderern gerecht zu werden: Bei der Antragstellung muss das Projekt x-mal anders beschrieben werden und am Ende werden verschiedene Abrechnungen, unterschiedliche Sachberichte etc. verlangt.²⁴⁸

246 NRW 13.

247 Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (2020): *Zweiter Kulturförderplan 2019–2023: Kulturpolitischer Aufbruch. Stärkungsinitiative Nordrhein-Westfalen*, Neuss-Nord, Deutschland: VD Vereinigte Druckwerke GmbH.

248 NRW 2.

Ein großes Problem ist die Unübersichtlichkeit der vielen Fördertöpfe und deren Kriterien. Es gibt keine zentrale Stelle, die alle Förderangebote übersichtlich für die Künstler*innen kommuniziert. Diese Aufgabe versucht der Landesverband NRW zu übernehmen, der sich allerdings in einer schwierigen Doppelfunktion zwischen Interessenverband und Förderer befindet:

Wir befinden uns in der Situation einer eierlegenden Wollmilchsau und müssen den Anspruch dieses Spagats erfüllen: ein fördernder Interessensvertreter. Wir sind Sprachrohr, Ansprechpartner und Förderer. Wir haben an die 300 Mitglieder, da ist nicht mehr so ganz der persönliche Kontakt zu jedem möglich. Trotzdem versuchen wir die Künstler*innen zu qualifizieren.²⁴⁹

Seit einigen Jahren vergibt das Landesbüro die Mittel für Projektförderungen selbst. Das gibt ihnen die Möglichkeit, nah an den Bedürfnissen und Wünschen der Künstler*innen zu agieren. Gleichzeitig erfordert es sehr viel Aufwand und Bürokratie, weshalb der Verband seiner eigentlichen Hauptaufgabe, den Mitgliedern beratend und unterstützend zur Seite zu stehen, nicht mehr in gewünschtem Maße nachkommen kann.

Dabei wäre gerade diese Unterstützung im föderalistischen »Förderdschunzel« dringend notwendig. Das Förderangebot wirkt auf den ersten Blick sehr vielfältig und reichhaltig, sodass man schnell den Überblick verliert. Vertieft man sich dann in die einzelnen Förderprogramme, wird bald deutlich, dass für viele von ihnen sehr konkrete Voraussetzungen erfüllt werden müssen, weshalb es letztendlich doch nur ein sehr geringes passendes Angebot gibt:

Wir haben den Eindruck: es gibt viele verschiedene Fördermöglichkeiten, aber im Detail fliegt man bei den meisten doch raus, am Ende bleiben ein bis zwei Förderungen, die für einen passen. Das Angebot ist eher zu klein als zu groß.²⁵⁰

Dazu kommt, dass sich das meiste Geld in den großen Städten und Kommunen bündelt. Wie der Landesverband berichtet, gibt es viele verschiedene Förderformate auf der Landesebene und in den großen Kommunen, in den kleineren sind es dagegen deutlich weniger.²⁵¹ Ein Grundproblem bildet dabei die nicht ausreichende Absprache und Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen und Organisationen. Dieses Problem zum Beispiel durch regelmäßige Treffen und Gespräche in einem *jour fixe* zu verbessern, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Kulturgesetzbuch

Wir werden das Kulturfördergesetz NRW zu einem Kulturgesetzbuch weiterentwickeln und damit die freie Entfaltung der Kunst und Kultur in Nordrhein-Westfalen strukturell stärken, die Landeskulturförderung sichern und durch entbürokratisierenden Maßgaben substantiell erleichtern.²⁵²

249 NRW 14.

250 NRW 8.

251 NRW 14.

252 Kulturförderplan 2019–2023 (2020).

Die aktuelle Landesregierung hat sich die Weiterentwicklung des Kulturfördergesetzes NRW zu einem Kulturgesetzbuch in ihrem Koalitionsvertrag als Ziel gesetzt, das sie kurz vor dem Ende der aktuellen Legislaturperiode auch zum Abschluss bringen möchte. Dafür wurde Ende 2020 der Referentenentwurf fertiggestellt. Das nordrhein-westfälische Landeskabinett hat den Regierungsentwurf des Kulturgesetzbuches in seiner Sitzung am 11. Mai 2021 beschlossen. Mit diesem bundesweit einzigartigen Vorhaben soll Kultur umfassend abgesichert werden.

In die Entwicklung wurden etwa 50 Organisationen und Verbände eingebunden, und in einem gemeinsamen kritischen Austausch wurden Vorschläge gegenseitig gehört und mit eingearbeitet. Klaus Kaiser, Landtagsabgeordneter der CDU, sieht darin eine Möglichkeit, alle die Kultur betreffenden Gesetze zusammenzufügen, um Bürokratie abzubauen. In jedem Fall wird NRW mit Beschluss des Kulturgesetzbuches sein Alleinstellungsmerkmal in Bezug auf Kulturpolitik innerhalb Deutschlands weiter festigen. Im derzeitigen Entwurf wird es allerdings weiterhin keine Antwort auf die Frage geben, ob Kulturausgaben verpflichtend sind und falls ja, in welcher Höhe. Wie bereits bei Erlass des Kulturfördergesetzes wird diese Entscheidung auf die einzelnen Kommunen abgewälzt, wodurch sich das Land in diesem essenziellen Punkt aus der Verantwortung zieht. Grund dafür ist vor allem, dass sich das Land selbst vor der Verpflichtung für die Kulturfinanzierung durch das Konnexitätsprinzip schützt und an dem enormen Ungleichgewicht der Kulturausgaben festhält, bei dem etwa drei Viertel von den Kommunen und nur ein Viertel vom Land getragen werden.

Aktuell sind viele sehr kritische Stimmen über den derzeitigen Entwurf zu hören. Bemängelt wird vor allem der fehlende Bezug zur Praxis und zur aktuellen Förderpolitik. Der von allen Seiten immer wieder geforderte Bürokratieabbau wird nicht ausreichend konkretisiert, stattdessen hält man sich an Definitionen und Bestimmungen fest. Hinzu kommt eine Unverhältnismäßigkeit innerhalb der verschiedenen Sparten und Bereiche. So gibt es beispielsweise mehrere Paragraphen für Musikschulen und Bibliotheken, die Theater hingegen erhalten nur einen einzigen, obwohl die Ausgaben in diesem Bereich einen sehr entscheidenden Posten im Kulturhaushalt bilden.

Den größten Kritikpunkt bildet schließlich das Vorhaben, dass das Ineinandergreifen von Kulturförderplan, Kulturförderbericht und den Richtlinien aufgelöst werden soll. Bleiben sollen davon lediglich der Kulturförderbericht sowie der Landesförderbericht. Gerechtfertigt wird dieser Entschluss damit, dass man sich mit einem Kulturförderplan zu sehr festlegen würde und dieser zu wenig auf aktuelle Geschehnisse und Bedürfnisse des Landes reagieren könne. Für die Kulturschaffenden in NRW wäre das jedoch fatal. Denn eben diese Dreigliedrigkeit bietet auf einzigartige Weise eine Governance-Struktur und sorgt für eine gewisse Verbindlichkeit, zumindest für den Umfang einer Legislaturperiode. Die Politik muss sich auf diese Weise aktiv mit der Kulturlandschaft, ihren Bedürfnissen und Schwierigkeiten auseinandersetzen. Gleichzeitig würde bei einer Abschaffung dieses Systems die Nachvollziehbarkeit der Ausgabenplanung im Verhältnis zu den tatsächlich erfolgten Ausgaben unnötig verschleiert werden und dem Gebot der Transparenz entgegenstehen.

4.3 Exkurs: Kulturentwicklungsplanung in Köln und Düsseldorf

In NRW verfügen viele Städte über eine eigene Kulturentwicklungsplanung. Die beiden größten Städte, Köln und Düsseldorf, haben in einem engen, partizipativen Prozess mit den Kunst- und Kulturschaffenden vor Ort eine eigene KEP erarbeitet. Das könnte einen Hauptgrund dafür bilden, dass diese beiden Städte rund 75 % der Kulturakteur*innen des ganzen Bundeslandes NRW versammeln.²⁵³ Die Motivation der Stadt Köln für die Umsetzung und Fortentwicklung einer eigenen KEP beschreibt die amtierende Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker wie folgt:

Kultur ist die Seele unserer Stadt. Sie prägt unser Lebensgefühl und die Ausstrahlung von Köln weit über das Rheinland hinaus, national und international – das macht Köln aus! Über alle politischen und bürgerschaftlichen Grenzen hinweg besteht Konsens, dass wir unser kulturelles Erbe bewahren und für eine breite Öffentlichkeit erlebbar machen wollen. Um diesen Prozess transparent, nachvollziehbar und demokratisch zu gestalten, brauchen wir eine nachhaltige und verantwortungsvolle Planung der Kulturentwicklung in unserer Stadt!²⁵⁴

Im Jahr 2009 beschloss die Stadt Köln den ersten KEP und setzte »als eine der ersten Städte Deutschlands [...] hierbei auf die Beteiligung ihrer wichtigsten Akteurinnen und Akteure: die Kunst- und Kulturschaffenden.«²⁵⁵ Es wurde ein Lenkungskreis einberufen, in dem Kunst- und Kulturschaffende, Politik, Verwaltung und die Kölner Bürgerschaft zusammenwirken, wobei der externe Berater Jörg Biesler als neutrale Person zwischen den verschiedenen Parteien und insbesondere den städtischen Institutionen und der Freien Szene vermittelt. Im Jahr 2017 entschied man sich für die Fortschreibung der KEP, wobei über 300 Personen in verschiedenen Arbeitskreisen mitgewirkt haben. Die 2019 beschlossene KEP beinhaltet für die Zukunft weitere partizipative Prozesse mit Kulturschaffenden und dem Lenkungskreis. Die derzeitigen Leitprojekte sind die Stärkung der Museumslandschaft Kölns, die Freie Szene Kölns als zweite Säule und Akteur der Stadtgesellschaft inmitten eines demografischen Wandels sowie die Sichtbarmachung von Kultur durch das Kulturmarketing.

Die Zielsetzung und Herangehensweise der Stadt Düsseldorf ist eine ganz ähnliche, wie das folgende Zitat der Kulturpolitischen Gesellschaft zeigt:

Übergeordnetes Ziel ist es, vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher sowie städtischer und regionaler Veränderungen Schwerpunkte für eine zukunftsorientierte Kulturpolitik und Kulturarbeit der nächsten Jahre zu entwerfen und Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße Kulturarbeit zu schaffen. Dafür führt die Landeshauptstadt Düsseldorf gemeinsam mit ihren Partnern und mit Unterstützung des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft einen Prozess durch, der eine breite Betei-

253 BFDK (2021).

254 Kultur Entwicklungsplanung Köln (2021): *Was ist KEP?* [online], <https://www.kulturentwicklungslan.koeln/de/was-ist-kep> [12.08.2021].

255 Kulturentwicklungsplanung Köln (2021).

ligung von Akteuren aus Kunst und Kultur sowie von interessierten Bürgerinnen und Bürgern vorsieht.²⁵⁶

Im September 2015 fiel der Beschluss vom Kulturausschuss der Stadt Düsseldorf für die Erarbeitung einer KEP. Betreut wurde der Erarbeitungsprozess von rund 200 Beteiligten, vom Kulturamt Düsseldorf und von einer externen Agentur: dem Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. Auf diese Weise sollten die Themen theoretisch fundiert werden und die verschiedenen Akteur*innen in diesem Feld qualifiziert werden. Ein KEP-Beirat, bestehend aus Politik, Verwaltung, Kulturschaffenden und Akteur*innen aus Querschnittsbereichen, unterstützte den Prozess kritisch-konstruktiv.

Der Erarbeitungsprozess fand hier mit Expert*inneninterviews und groß angelegten Kulturworkshops statt. Die beschlossenen Ziele sind der Aufbau des »Rats der Künste«, einer unabhängigen Plattform und Lobby für Kulturschaffende in Düsseldorf, die Entwicklung des »Kulturamts der Zukunft« durch eine Neuausrichtung und die Entwicklung von zeitgemäßen Förderrichtlinien.

Im Zentrum steht dabei eine »rollende Planung«, »das heißt, dass die gemeinsam erarbeiteten Ziele und Maßnahmenempfehlungen regelmäßig und im Austausch mit der Politik und den Kulturakteurinnen und Kulturakteuren reflektiert und konkretisiert werden.«²⁵⁷

Tabelle 15: Vergleich Kulturentwicklungsplanung in Köln und Düsseldorf

Vorgehen	Düsseldorf	Köln
Beteiligte Personen	200	300
Zentrale Organisation	Kulturamt Düsseldorf	Stadt Köln
Externe Organisation/Personen	Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.	Jörg Biesler
Gremien	KEP-Beirat	Lenkungskreis
Themenerarbeitung	Expert*inneninterviews und Kulturworkshops	Diskussion an 13 Runden Tischen
Handlungsfelder	- Kulturpolitik, Kulturverwaltung, Kulturförderung - Kulturelle Infrastruktur - Kulturelle Teilhabe	- Städtische Institutionen - Freie Szene - Übergreifende, allgemeine Themen
Themen/Projekte	Beschlossen 2017: - »Rat der Künste« - »Kulturamt der Zukunft« - Zeitgemäße Förderrichtlinien	Beschlossen 2019: - Raummanagement - Kulturmarketing - Preis für Popmusik

256 Kulturentwicklungsplanung der Landeshauptstadt Düsseldorf (2021): KEP.

257 KEP-Projekt Koordinatorin Dinah Schwarz-Bielicky in: KEP Düsseldorf (2021).

4.4 Zukunft

Das derzeitige mehrjährige Förderkonzept in NRW endet spätestens nach zwölf Jahren, danach stehen die Künstler*innen wieder vor der Frage nach einer dauerhaften Absicherung. Dabei ist genau dieser Wunsch nach einer finanziellen Sicherheit in der Zukunft und im Alter eines der wichtigsten Anliegen der Freien Szene. Einen naheliegenden Weg sehen viele hier in einem bedingungslosen Grundeinkommen, sodass zumindest die laufenden Lebenserhaltungskosten gedeckt werden und die Künstler*innen freier und unbeschwerter ihrer Kunst nachgehen könnten:

Ich wünsche mir eine Entwicklung, die Dinge wie ein bedingungsloses Grundeinkommen in den Mittelpunkt stellt. Wo die ganzen Abhängigkeitsverhältnisse, die alle mit Kontrolle und Macht zu tun haben, nicht mehr so eine Rolle spielen. Davon könnte auch die Kunst sehr profitieren.²⁵⁸

Eine Mitarbeiterin vom Landesverband Freie Darstellende Künste NRW erhofft sich dagegen Maßnahmen, die möglichst bald greifen können, und sieht diesbezüglich zwei Möglichkeiten, die einfacher und schneller umzusetzen wären:

Es gibt zwei verschiedene Wege: entweder das, was verdient werden kann, muss so auskömmlich sein, dass mitgedacht wird, dass es nicht zwölf Monate Gehalt gibt. Oder es gibt eine Absicherung dazwischen: das könnten z.B. dauerhafte Stipendien oder Sozialsysteme sein. Irgendeinen dieser Wege muss man gehen und ich weiß noch nicht, welcher der bessere ist. Aber eines ist klar, so wie es momentan ist, funktioniert es nicht. Es ist sehr wichtig, eine Absicherung zu schaffen.²⁵⁹

Die Frage bleibt offen, welches Konzept man verfolgen möchte. Fest steht jedoch, dass mit einem sozialen Absicherungssystem für Künstler*innen NRW seine bundesweite Vorreiterfunktion noch einmal vorantreiben könnte.

Veränderungsmöglichkeiten

Der dringende Wunsch der Künstler*innen nach einer Entbürokratisierung der Antragsprozesse ist in den Interviews sehr deutlich geworden. Dieses Bedürfnis hat auch die Kulturpolitik bereits wahrgenommen und eine Vereinfachung des Zuwendungsrechts als ein Ziel des derzeitigen Kulturförderplans festgelegt. Konkret greifbar wurde die Form einer vereinfachten Antragstellung für die Künstler*innen jedoch erst bei den aktuellen Corona-Soforthilfestipendien (ausgelaufen zum 30. Juni 2021, zum Zeitpunkt der Interviews noch aktuell). Diese wurden besonders positiv hervorgehoben, da sie tatsächlich sehr unbürokratisch und unkompliziert vergeben wurden. Ein ähnliches Verfahren wird von den Künstler*innen auch in Zukunft gewünscht und könnte die nun folgenden Förderprogramme zugunsten der Künstler*innen ausrichten. Daneben wurden Vorschläge für eine »Zwei-Phasen-Bewerbung« gemacht. So könnte der erste Bewerbungsschritt deutlich weniger konkrete Informationen abfragen und zunächst grundsätzlich eine Förderungswürdigkeit prüfen, bevor eine detaillierte Antragstellung

²⁵⁸ NRW 17.

²⁵⁹ NRW 14.

folgt, aus der die Geförderten ausgewählt werden. Auf diesem Weg würden deutlich weniger Projekte in die zweite Bewerbungsphase gelangen, was sowohl den antragstellenden als auch den antragsprüfenden Parteien viel Arbeit ersparen würde. Vorgeschlagen wurden zudem eine Anpassung der Förderzeiträume sowie Ausfallhonorare.

Gut wäre eine prüfende Instanz, damit man die Abrechnung nicht zehn Mal einreichen muss. Die Strukturen der Abrechnung müssen vereinfacht und Förderzeiträume aufeinander angepasst werden. Die verschiedenen Förderer müssten besprechen, wie man das Abrechnungssystem angleichen könnte.²⁶⁰

Essenziell wäre daneben, dass jede*r Künstler*in die Möglichkeit zur Mitgliedschaft in der KSK bekommt. Sie ist die Voraussetzung für viele Förderprogramme und bietet ein einmaliges Absicherungssystem und eine erhebliche finanzielle Erleichterung. Zudem bildet sie eine Plattform, an die auch mögliche neue Absicherungssysteme, wie eine Übergangszahlung in Phasen ohne Anstellung und Auftrittsmöglichkeiten, gekoppelt werden könnten.

Für Künstler*innen sollte es möglich sein, ohne Probleme in die KSK kommen zu können. Dafür muss der Begriff Schauspieler definiert werden, nicht nur in Krisenzeiten, sondern generell. Wir haben das Problem, dass unsere Eingruppierung beim Finanzamt ständig zwischen angestellt, selbständig und ohne Anstellung wechselt. Generell gilt: Mit einem Hochschulabschluss gerade einmal 2000 € Einstiegsgehalt zu erhalten, ist nicht angemessen und zeitgemäß.²⁶¹

Die Frage einer angemessenen Bezahlung für Künstler*innen wird auch an den öffentlichen Theatern ein immer größeres Thema. Es herrscht in der gesamten Theaterszene Deutschlands eine Umbruchstimmung. Bereits seit einiger Zeit werden vermehrt Gespräche über die ungleichen Vertragssysteme und Bezahlungen geführt, dennoch hat bislang kein Änderungsprozess stattgefunden.

Durch gewisse Aufklärungen sieht man jetzt öffentlich, wie man mit gewissen Gruppen am Theater umgeht. In den letzten ca. 20 Jahren gab es eine Gehaltssteigerung des NV-Bühne um 29 %, beim TVöD waren es 100 %. Das merken die Leute und hoffentlich rebellieren sie jetzt.²⁶²

Hier muss in Zukunft ein Umdenken stattfinden, sodass eine an die Dauer und den Umfang der Ausbildung eines*r Künstler*in angemessene Bezahlung gewährleistet wird. Das ist aber nur möglich, wenn auch die Kulturpolitik diesen Bedarf wahrnimmt und die Mehrkosten in den Subventionen einkalkuliert werden.

4.5 Fazit

Das dreigliedrige konzeptionelle System der nordrhein-westfälischen Kulturpolitik ist in Deutschland einzigartig und bietet viele Möglichkeiten, von denen die Künstler*innen

260 NRW 4.

261 NRW 9.

262 NRW 24.

in anderen Bundesländern bislang nur träumen können. Es ist nicht verwunderlich, dass von vielen Kulturakteur*innen von außerhalb ein wenig neidvoll auf die kulturpolitische Situation im »Schlaraffenland« NRW geblickt wird. Die größte Errungenschaft bildet die komplexe, mehrschichtige Struktur aus Kulturförderungsgesetz, Kulturförderplan sowie Kulturförderbericht und Landeskulturbericht, wodurch Planung und Maßnahmen transparent dargestellt werden. Anhand dieser Instrumente vermag sich die Politik immer wieder folgende Fragen zu stellen: Wie sieht die kulturelle Situation in unserem Bundesland gerade aus? Was sind ihre Bedarfe und Wünsche? Welche Ziele setzen wir uns und wie können wir diese erreichen?

Durch die Bestrebungen um das Kultugesetzbuch wird dieses bestehende System nicht weitergeführt. Die Kulturpolitik wird zumindest von den dadurch ausgelösten Debatten weitergelebt und neu gedacht. Dabei darf das Kultugesetzbuch jedoch nicht das bestehende konzeptionelle Dreieck auflösen, sondern sollte ergänzend dazu geschaffen werden. Die Einbeziehung vieler verschiedener Kulturakteur*innen in diesen Entstehungsprozess ist vielversprechend, dennoch muss dabei die gesamte Kulturlandschaft inklusive der Freien Szene ihren Raum bekommen.

Die Zukunft entsteht durch Dialog. Nur in gemeinsamen Gesprächen können die Bedarfe der Kunst- und Kulturschaffenden in allen Bereichen wahrgenommen und analysiert werden. Die derzeitigen kulturpolitischen Debatten könnten endlich eine Gesetzesgrundlage schaffen, die die rechtlichen und finanziellen Bedingungen der Kunst- und Kulturschaffenden auf neue Weise sichert und ihnen einen stärkeren Rückhalt in der Politik und Gesellschaft bietet. Um diesen Rückhalt unter möglichst vielen Bürger*innen zu erreichen, müsste die Kulturpolitik, wie in der Regierungserklärung der 17. Wahlperiode zu den kulturpolitischen Schwerpunkten formuliert, deutlich mehr in die Öffentlichkeit treten und ihr Bestreben und ihre Ziele kommunizieren, damit die vielfältige Kulturlandschaft NRWs und die Wichtigkeit der Kunst und Kultur als Orte der Meinungsäußerung und -bildung, Kreativitätsquelle, Zentrum des gegenseitigen Austauschs und als wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Gesellschaft deutlicher wahrgenommen werden.

Mit der derzeitigen Kulturpolitik und nicht zuletzt durch Kulturministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen geht NRW einen deutlichen Schritt nach vorne, was die Zukunft der Kultur betrifft. Die Erhöhung des Kulturhaushaltes um 50 % ist ein guter Beginn, dieser Weg sollte unbedingt weiter gegangen werden, denn um es mit den Worten eines Landtagsabgeordneten zu sagen: »Eine Verdopplung des Etats auf etwa 600 Mio. € wäre etwas, worauf man stolz sein könnte.«²⁶³ Was die Bandbreite an kulturpolitischen Instrumenten anbelangt, hat NRW vielen Bundesländern einiges voraus. Die existierenden Instrumente sind in ihrem Umfang einmalig und bieten ein großes Potenzial, sofern die amtierende Regierung ihren Fokus auf die Kultur richtet. Es müsste ein umfassendes System geschaffen werden, das die Künstler*innen fördert, ihnen eine angemessene Bezahlung zugesteht und eine finanzielle Absicherung zur Familiengründung und bis ins Alter gewährleistet. In den aktuellen Debatten um das Kultugesetzbuch existiert die Möglichkeit, genau diese Dinge gesetzlich zu sichern. Auf diese Weise würde NRW eine wirkliche Vorreiterfunktion einnehmen, die nach außen getragen werden und für die anderen Bundesländer als Vorbild dienen könnte.

263 NRW 12.

Abschließend geht der Forschungsblick fast zwangsläufig in die Hauptstadt **Berlin**, die eine national wie international bedeutsame Kulturszene in den Darstellenden Künsten und darüber hinaus aufweist, die ihresgleichen sucht. Aus dieser Rolle und der überregionalen Anziehungskraft für Künstler*innen etc. ergeben sich aber auch Herausforderungen, denen sich der Stadtstaat mit der notorisch schwierigen Finanzlage stellen muss. Gleichzeitig sind diese etwas anders gelagert als beispielsweise in **NRW**. Die Freie Szene hat in Berlin eine in Deutschland unvergleichliche Präsenz und Plattform, dennoch gibt es auch hier enorme Diskrepanzen in den Förderstrukturen und -chancen sowie in der gerechten Verteilung von Mitteln u.v.m. Auch auf die Kulturmetropole Berlin kommen in den nächsten Jahren große Herausforderungen zu, die hier zusammengetragen und analysiert werden sollen.

5. Berlin: Profitieren die Darstellenden Künste von der Kulturpolitik? (Rebecca Rasche)

Über 20.000 professionelle Künstler*innen arbeiten in Berlin und gestalten mit den mehr als 160.000 Beschäftigten in der Kultur- und Kreativwirtschaft das Leben der Stadt, so der Kulturförderbericht von 2011.²⁶⁴ Besonders die Theaterlandschaft in Berlin mit ihren rund 100 öffentlichen, privaten und freien Häusern sowie Festivals stellt sich vielfältig und komplex dar – für die Kulturpolitik eine enorme Herausforderung. Klaus Lederer (Die Linke), Kultursenator seit 2016, sagte 2019 über seine Arbeit: »Berlin ist Kulturhauptstadt Deutschlands, vielleicht sogar Europas, und da ist mein Bereich sehr relevant«.²⁶⁵ Diese Relevanz der Kunst und Kultur in Berlin zu fördern, zu begleiten und zu legitimieren, ist die Aufgabe der Kulturpolitik. Die Vielfalt und den Reichtum der Berliner Kulturlandschaft gilt es national, aber auch international darzustellen. Dies ist eine große und immerwährende Herausforderung für die Kulturpolitik der Hauptstadt. Obwohl es mittlerweile in anderen Bundesländern üblich ist, existiert in Berlin auf Landesebene jedoch kein Kulturentwicklungskonzept. Wie zukunftsfähig ist also die Arbeit und Unterstützung der Kulturpolitik für die Künstler*innen und ihre Kunst?

5.1 Das Bundesland Berlin

In der Hauptstadt Deutschlands wohnen knapp 3,7 Mio. Menschen (Stand 2019)²⁶⁶. Laut der Webseite des Berliner Senats sind davon 1.527.912 Menschen beschäftigt und 152.565 arbeitslos. Der Altersdurchschnitt liegt bei 42,7 Jahren, damit ist Berlin eine vergleichsweise junge Stadt, 31 % der Bevölkerung sind unter 30 Jahre alt.²⁶⁷ Durch die vier großen Universitäten in Berlin treffen dort an die 100.000 Studierende zusammen, davon ein

264 Wowereit, Klaus/André Schmitz (2011): *Kulturförderbericht 2011 des Landes Berlin*, Berlin.

265 Schulz, Bert (2019): *Ich mache wohl nicht alles falsch*, TAZ Verlags- und Vertriebs GmbH [online], <https://taz.de/Berlins-Kultursenator-Klaus-Lederer!/5646050/> [04.06.2021].

266 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (o. D.): Bevölkerungsstand, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg [online], <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/bevoelkerung/demografie/bevoelkerungsstand> [05.05.2021].

267 Ebd.